



19. Dezember 2011

## Gutachten

### Realwirtschaftliche Weichenstellungen für einen stabilen Euro

#### Pressemitteilung

Der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie hat ein Gutachten zum Thema „**Realwirtschaftliche Weichenstellungen für einen stabilen Euro**“ verfasst. Im Gegensatz zu der Diskussion der vergangenen Monate, die sich weitgehend auf die Mechanismen des Rettungsschirms konzentriert hat, lenkt dieses Gutachten den Blick auf die realwirtschaftlichen Ursachen der Schuldenkrise in Europa. Der Beirat greift die Frage auf, wie viel realwirtschaftliche Konvergenz für eine erfolgreiche Währungsunion erforderlich ist, ob der Übergang zu einer Transferunion unausweichlich und in welchen Bereichen eine stärkere wirtschaftspolitische Koordination erforderlich ist.

Die Empfehlungen des Beirats lassen sich in vier Punkten zusammenfassen:

1. Eine Währungsunion braucht für alle Mitglieder **verlässliche Anreize, eine übermäßige Verschuldung zu vermeiden**. Eine Währungsunion braucht **keine Konvergenz der Pro-Kopf-Einkommen**. Ein Zusammenhang zwischen beidem besteht höchstens insofern, als sich fiskalische Disziplin der Nationalstaaten leichter erreichen lässt, wenn die Unterschiede in der Wirtschaftskraft von Staat zu Staat nicht allzu groß sind.
2. Zur Sicherstellung fiskalischer Disziplin müssen **strengere Sanktionen bei Verletzung haushaltspolitischer Kriterien** gelten. Dass die Nicht-Beistands-Klausel gilt und eingehalten wird, muss durch konkretes Handeln glaubwürdig gemacht werden.
3. **Durchgreifende Strukturreformen** in Produktmärkten und Arbeitsmärkten, in Finanzmärkten und in den Systemen der sozialen Sicherung sollten zu einem Mindestmaß an Homogenität der realwirtschaftlichen Entwicklung führen. Reformen in diesen Bereichen können helfen, auseinander laufende Lohnstückkosten zu vermeiden, und sie verbessern die Anpassungsfähigkeit an unerwartete regionale Entwicklungen.

4. Weitergehende Maßnahmen wie der **Ausbau fiskalischer Transfersysteme** in der Eurozone oder ein **formales Verfahren zur Vermeidung und Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte sind nicht notwendig.**

Die nötigen strukturellen Reformen auf der Ebene einzelner Mitgliedsländer der EWU sollten dem **Prinzip der Subsidiarität** entsprechend in nationaler Verantwortung bleiben. Wichtig ist es daher, dass die Regierungen bereits frühzeitige Signale von den Märkten erhalten, wie nachhaltig die wirtschaftliche Entwicklung in Bezug auf die öffentlichen und privaten Finanzen in einem Land eingeschätzt wird. Risikoprämien sind eines der wichtigsten dieser Marktsignale. Bei der Ausgestaltung des Europäischen Stabilisierungsmechanismus (ESM) sollte daher darauf geachtet werden, dass **Marktsignale und Risikoprämien ihre Aufgabe erfüllen können.** Die Tatsache, dass einige der Krisenländer in Europa Reformschritte unternehmen, um sich dem Druck der Märkte und dem drohenden Zugriff auf den Rettungsfonds zu entziehen, zeigt, dass diese Anreize in der Tat wirksam sind.